

BILANZ

BILANZ KARRIERE DIGITAL GELD

MEINUNG

STEUERGERECHTIGKEIT

Nichts ist ungerechter als die Steuerlast

Von Ulrich Bettermann | Stand: 11:34 Uhr | Lesedauer: 3 Minuten

Deutschland hat ein Gerechtigkeitsproblem, das ebenso massiv wie unbeachtet ist, obwohl es fast alle Bürger betrifft. Denn unser Land ist ein Musterstaat im Abkassieren – eine Abrechnung mit den staatlichen Raubrittern.

Trotz hoher staatlicher Überschüsse liegt die Gesamtbelastung ganz normaler Bürger inzwischen bei nahezu 50 Prozent. Da ist es an Dreistigkeit nicht zu überbieten, wenn nach noch mehr Umverteilung geschrien wird. Der deutsche Steuerzahler muss sich schon jetzt geprellt fühlen.

Übrigens hat die Steuerlast unter Kanzlerin Merkel einen neuen Höchststand erreicht. Eine Studie der freiheitlichen Naumann-Stiftung hat jetzt offenbart, dass im Jahr 2016 sämtliche Steuereinnahmen in Deutschland 23 Prozent der Wirtschaftsleistung ausgemacht haben. Das waren knapp drei Prozentpunkte mehr als 2004, dem letzten Amtsjahr von Vorgänger Gerhard Schröder.

Würde der Abkassierstaat nur diesen Unterschied an seine gepressten Bürger zurückgeben, hätten sie 2016 rund 90 Milliarden Euro mehr zur eigenen Verfügung gehabt. Nur CDU (15 Milliarden) und FDP (30 Milliarden) denken an mehr oder weniger kosmetische Steuerentlastungen, während die Linksparteien dem Steuerzahler noch tiefer in die Tasche fassen wollen und darauf setzen, dass der deutsche Michel mal wieder nichts merkt.

Staatseinnahmen auf Rekordhoch

Das Steuersystem ist außer Rand und Band. Die Einnahmen der staatlichen Raubritter stiegen im vergangenen Jahrzehnt um 43 Prozent, obwohl die Wirtschaftsleistung nur deutlich geringer zunahm. Das liegt daran, dass immer mehr Haushalte echte Aufsteiger sind, leider zu ihren eigenen Lasten.

Ein Alleinstehender mit einem Einkommen von etwas mehr als 50.000 Euro muss dem Finanzamt schon von jedem zusätzlich verdienten Euro 42 Prozent überlassen. Der eineinhalbfache Durchschnittslohn bedeutet heute in Deutschland was? Höchststeuersatz! Vor einem Jahrzehnt musste dafür wenigstens das Doppelte des Durchschnittsverdieners auf dem Gehaltszettel stehen. Nimmt man die steigenden Sozialabgaben hinzu, dann greift der Staat eine Hälfte des erarbeiteten Lohns komplett ab.

Unter allen Industrieländern macht Deutschland in Sachen Steuergerechtigkeit eine miserable Figur, weil es sein Heil im Abkassieren sucht. Hier liegt ein riesiges Aufgabenfeld brach für all die Gerechtigkeitsapostel.

Wohlstand der Bürger ist bedroht

Wie wäre es mit einer mutigen Politik, die demjenigen, der etwas erwirtschaftet, die Früchte seiner Arbeit zu großen Teilen lässt? Wo derart Schindluder getrieben wird mit der Steuergerechtigkeit wie in Deutschland, da droht am Ende nicht nur die soziale Marktwirtschaft auf der Strecke zu bleiben, sondern auch der Wohlstand seiner Bürger und die Sicherheit des sozialen Netzes.

900 Milliarden Euro lassen wir uns den Sozialstaat inzwischen pro Jahr kosten. Wenn daran auch nur der leiseste Sinnzweifel geäußert wird, kommt in unübertrefflicher Dämlichkeit sofort der Quatsch vom „sozialen Kahlschlag“ auf. Gerechter wäre es, durch weniger Steuern und Abgaben die Vermögensbildung von Arbeitnehmern zu fördern.

Aber an den staatlichen Umverteilungswahn wagt sich niemand ran. Eine gewaltige Sozialindustrie sägt nicht an dem Ast, auf dem sie sich gemütlich gepolstert breitgemacht hat, und zu viele Politiker verteilen gern Wohltaten von vermeintlich eigenen Gnaden auf Kosten derselben Bürger, denen sie die Gnadenmittel zuvor abgeknöpft haben. Das wäre mal ein echtes Thema für einen Gerechtigkeitswahlkampf!

Der Autor ist Unternehmer und „Bilanz“-Kolumnist

Ein Angebot von WELT und N24.

© WeltN24 GmbH

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/163778073>